

Zur "Anbauschlacht"

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **16 (1941)**

Heft 2

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-101312>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

IM KAMPF UM DIE ERNÄHRUNG

Zur «Anbauschlacht»

Es ist kein schönes Wort, das da für die ernste Sache gewählt wurde. Aber es ist auch eine ernste Sache, um die es sich handelt, und darum wird wohl die Diskussion sich nun nicht um das Wort, sondern um die Sache drehen müssen.

Worum handelt es sich?

Kurz und ohne Umschweife gesagt: Unser Land muß sich auf einen Gutteil Selbstversorgung einstellen, soll der Hunger nicht bis vor unsere Türe vordringen wollen. Es muß sich umstellen auch darum, weil es nach außen möglichst wenig Angriffsfläche bieten darf. Die Versorgung unseres Landes mit lebensnotwendigen und für seine industrielle Tätigkeit unentbehrlichen Stoffen ist seit dem Frühling 1940 spärlich geworden. Es besteht die Gefahr, daß in einem bestimmten Moment diese Versorgung nicht mehr funktioniert, sei es mit oder ohne bestimmte Absichten des Auslandes. Diese Gefahr kann, angesichts der besonderen Verhältnisse unseres Landes, nicht ganz abgewendet, es kann ihr aber bis zu einem gewissen Grade doch begegnet werden. Die «Anbauschlacht» stellt eines der Mittel dar, die sich aufdrängen. Es ermöglicht, wenigstens teilweise, eine wirtschaftliche Selbstversorgung der Schweiz und bildet daher auch einen Teil unserer Landesverteidigung. Man muß es begrüßen, daß dieses Mittel gerade im gegenwärtigen Moment — schon mitten im Winter, aber auf den kommenden Frühling hin — in den Vordergrund der Diskussion gestellt worden ist. Das geschah keinen Augenblick zu früh, aber es geschah früh genug, um die notwendigen Vorkehrungen für eine möglichst durchgehende Einstellung auf die neue Lage vorzubereiten und hierfür die Bevölkerung, und zwar diejenige von Stadt und Land, mobil zu machen.

Die Sachlage

Unser Land konnte sich vor dem Kriege beispielsweise bei Brot nur mit 37 Prozent, bei Zucker gar nur mit 7 Prozent selbst versorgen. Für Fleisch und Milchprodukte stehen die Verhältnisse bedeutend günstiger. Dagegen ist hier die Einfuhr von Futtermitteln zu berücksichtigen, die gegenwärtig ganz ins Stocken geraten ist. Sollten die Zufuhren an Lebensmitteln noch mehr stocken oder wieder ins Stocken geraten, so würde sich der Gedanke einer Selbstversorgung mehr und mehr aufdrängen. Es ist der bekannte Plan «Wahlen» — Dr. Wahlen ist der Chef der Sektion für landwirtschaftliche Produktion und Hauswirtschaft im Eidgenössischen

Kriegsernährungsamt —, der dartut, daß eine Selbstversorgung der Schweiz, bei gewissen, vielleicht schmerzlichen, aber erträglichen Einschränkungen, in weitem Maße möglich wäre unter der Voraussetzung, daß die Ackerbaufläche bedeutend vermehrt würde. Das Programm Wahlen sieht als maximale Mehranbaufläche rund 320 000 Hektaren vor. Davon ist ein bescheidener Teil bereits durch Mehrumbruch in den Dienst der menschlichen Ernährung gestellt worden, nämlich durch eine Aktion im Herbst 1939 rund 29 000 ha, durch eine weitere im Herbst 1940 rund 13 000 ha, und für den Frühling 1941 wiederum rund 50 000 ha. Das bedeutet eine Vermehrung gegenüber 1936 um wenigstens 90 000 ha, also um rund einen Drittel der vorgesehenen maximalen Vermehrung. Dazu kommt nun die Anbaupflicht auch für Städte und Industriegemeinden, die wiederum einen Zuwachs bringen wird. Wenn man bedenkt, daß ein einziges Schiff mit 8000 t Futtermitteln einer Anbaufläche von 2000 ha entspricht, kann man große Erleichterung ermesen, die die neuverordneten Anbaupflichten auf dem Gebiete der Selbstversorgung unseres Landes mit sich bringen können.

Dabei darf allerdings eine wichtige Tatsache nicht übersehen werden. Schon vor dem Kriege fehlten in unserem Lande regelmäßig 30 000 bis 50 000 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Die Flucht in die Stadt hat sich nachteilig damals schon ausgewirkt, ihre ganz ernstesten Folgen zeigen sich aber erst so recht in diesem Augenblick, da ein Mehranbau von Ackerland sich als dringende Notwendigkeit erweist. Die volle Verwirklichung des Planes «Wahlen» würde ca. 100 000 Arbeitskräfte der Armee und dazu weitere 150 000 Arbeiter erfordern. Es gilt also, gewaltige Verschiebungen in den Arbeitskräften vorzusehen, wenn die Umstellung der Schweiz auf stärkere oder stärkste Eigenversorgung Tatsache werden soll.

Die Aufgabe

Die Aufgabe, die uns gestellt ist, hat somit eine organisatorische, sie hat aber auch eine geistige Seite. Einerseits gilt es, die zwar verfügbar stehende Anbaufläche zu vergrößern und die nötigen Arbeitskräfte hierfür zu stellen. Andererseits handelt es sich darum, in der Bevölkerung selbst die nötige geistige Vorbedingung dafür zu schaffen, daß mit gutem Willen und mit einer guten Dosis Opferbereitschaft die vielfältige notwendige Kleinarbeit an die Hand genommen wird. Es ist vor auszusehen, daß die durch die Umstände aufgezun-

gene Umstellung nicht leicht vor sich gehen wird. Und mancherlei Fragen werden sich dabei erst stellen, deren Lösung noch keineswegs gegeben ist. Die Umstellung auf Ackerland erfordert eine nicht geringe Verminderung des Viehbestandes. Diese wiederum wird gefolgt sein von einem Minderertrag an Milch, aber auch an Butter und Käse. In der Milch lag bisher noch eine wichtige zusätzliche Fettquelle für unser Volk. Sollte der Milchverbrauch rationiert werden müssen, so wird damit automatisch auch die Fettversorgung spärlicher, nachdem sie ohnehin schon dank mangelnder Zufuhr auf eine sehr geringe Quote hat herabgesetzt werden müssen. Die Verringerung der Käseproduktion aber beraubt uns eines Kompensationsmittels für die Einfuhr, das zu unsern wenigen letzten Reserven gehört. Auch da also muß unter Umständen mit einer Rationierung der Käseabgabe für die Bevölkerung gerechnet werden. Für die Mehranbaufläche, sei sie nun vorgesehen für Kartoffeln oder Getreide, müssen gewaltige Mengen an

Saatgut bereitgestellt werden. Die Lohnfrage für landwirtschaftliche Hilfskräfte, die eventuell sogar auf behördliche Anordnung hin aus den Städten heraus in der Landwirtschaft eingesetzt werden müssen, ist noch nicht einmal angeschnitten. Bei gutem Getreidepreis und erhöhten Fleischpreisen, welche letztere bei der Verringerung des Viehbestandes gefordert werden dürften, wird die Verhütung einer ungerechtfertigten Preissteigerung ein wichtiges Problem darstellen. Kurz, es wird der intensiven Anstrengung aller Kräfte und allen guten Willens bedürfen, wenn die ganze Aktion gelingen soll.

Sie muß aber gelingen, soll nicht unser Land im gegebenen Moment vor recht ungemütlichen Tatsachen stehen. Sie wird gelingen, wenn alle Bevölkerungsteile, und zwar sowohl zu Stadt wie auf dem Land, sich darüber klar werden, daß nur eine bessere Selbstversorgung der Schweiz auch den geeigneten und notwendigen Rückhalt bieten wird für die Erhaltung unserer Unabhängigkeit, für unsere Landesverteidigung.

Aus Garten- und Wiesland soll Ackerland werden

Die gegenwärtige Versorgungslage der Schweiz führt, wie an anderer Stelle dieses Blattes gezeigt wird, notwendigerweise zu einer Ausdehnung der uns zur Verfügung stehenden Anbauflächen. Den größten Beitrag für diese Umstellung wird ohne Zweifel die Landwirtschaft leisten müssen. Aber es wäre verfehlt, wenn die eine Erwerbsklasse sich mit der Leistung der andern trösten würde. Die Bemühungen um eine bessere Versorgung unseres Landes mit lebensnotwendigen Nahrungsmitteln werden nur zum Erfolg führen, wenn alle Kreise sich daran beteiligen.

Dazu gehört, daß auch in den Städten und industriellen Ortschaften alles verfügbare und heute brachliegende Land für diese Selbstversorgung herbeigezogen wird. So sehr wir an unsern schönen Ziergärten, an unsern Rasenflächen in der Stadt, in Anlagen und Wohnkolonien uns bisher gefreut haben, so gründlich muß heute die Umstellung erfolgen, soll sie wirksam werden.

Bereits haben einige Städte und Kantone nach dieser Richtung Maßnahmen getroffen. Andere werden folgen. Das Ziel wird sein, auf der ganzen Linie die Bemühungen um die Vermehrung der Anbauflächen zu unterstützen. Jeder wird das Seine dazu beitragen müssen, daß das Ziel erreicht wird.

An unsere Genossenschaften geht darum der Appell, daß sie auch ihrerseits sich willig in den Dienst der guten und notwendigen Sache stellen. Sie können das, indem sie sich in jedem einzelnen Fall überlegen, ob nicht da oder dort ein Flecken Land für Bepflanzung mit Gemüse oder Kartoffeln hergerichtet werden kann. Dabei müssen Liebhabereien durchaus in den Hinter-

grund treten. Unsere Genossenschaften waren bisher stolz auf ihre schönen und dem Auge wohlgefälligen Kolonien, die freundlichen Gärtchen und die wohltuenden Rasenflächen und Spielwiesen. Heute soll ihr Stolz darin bestehen, an die Versorgung des Landes einen tüchtigen Beitrag zu leisten, indem sie die der Allgemeinheit zur Verfügung stehenden Landparzellen umgraben oder umpflügen lassen und sie mit Gemüse oder Kartoffeln bestellen, indem sie denjenigen Mietern, die noch solch ein Stück Land zur Verfügung haben, ein Gleiches anraten, indem sie nicht zurückscheuen davor, auch liebgeordnete und lange gehegte Zierplätze zum Opfer zu bringen.

Einzelne Städte sind bereits dazu übergegangen, Beratungsstellen für die Anpflanzung einzurichten. Dieses Vorgehen wird sicher von andern nachgeahmt werden. Unsere Genossenschaften können einen Schritt weiter gehen, indem sie Kurse und Demonstrationen veranstalten. Säen, Setzen und eine Pflanzung pflegen ist nicht jedermanns Sache, das will gelernt sein, und dazu bedarf es der Anleitung. In großen Städten, wie in Zürich, sind die Kleingärtner bereits zu großen Verbänden zusammengeschlossen, so im letztgenannten Fall im Verein für Familiengärten, die auf reiche Erfahrung sich stützen können und sich für allgemeine Beratung zur Verfügung stellen werden. In kleineren Ortschaften ist sicherlich ein Gärtnermeister, ein Landwirt oder Landwirtschaftslehrer zu gewinnen, der die gleiche Anleitung besorgt.

Auf alle Fälle aber sollten sich unsere Baugenossenschaften zur Pflicht machen, ihr möglichstes zu tun, damit die geplante und dringend notwendige Aktion